

Kein Wahlrecht für Katholik_innen!

Gewalttäter und Sozialschmarotzer abschieben – Katholik_innenproblem lösen!

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir haben nichts gegen Katholik_innen. Im Gegenteil. Jeder Katholik, der sauber ist und hier seit Jahren Steuern zahlt, ist uns willkommen – wir wehren uns dagegen, dass wir durch den Zustrom von schwarzen Schafen und ihren bischöflichen Hirten unsere kulturelle Identität verlieren. Lassen wir einige Fakten sprechen:

Katholik_innen sind kriminell und gewalttätig!

Nach Untersuchungen des Landeskriminalamtes Bayern wurde eindeutig nachgewiesen, dass 78,74% aller bayrischen Straftäter Katholik_innen sind! Allein diese Zahl macht deutlich, dass der dramatische Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren nicht unabhängig vom Katholik_innenproblem betrachtet werden darf. Noch stellen die Katholik_innen in unserem Berlin eine Minderheit dar, aber allein in der Zeit von 1961 bis 1987 hat sich diese Zahl um mehr als 22% erhöht! Schon das Symbol, das die Katholik_innen anbeten (das Bildnis eines Gefolterten am Kreuz) ist Zeugnis der Gewaltbereitschaft dieser Gruppe! Während die arbeitende Bevölkerung sich erholen will, rufen die Glocken der Katholik_innen dröhnend von den unzähligen Kirchtürmen zum „Gebet“. Hassprediger reden auf die durch sakrale Gesänge hypnotisierten Gläubigen ein.

Wollen Sie etwa, dass solche Menschen in unseren Parlamenten vertreten sind?! Wollen Sie, dass sie die Redner_innenpulte unserer höchsten demokratischen Gremien als Forum für ihre gewalttätige Hetze missbrauchen?

Katholik_innen haben nicht gelernt mit unserer Demokratie umzugehen!

Nach wie vor stehen eine Vielzahl der katholischen Rituale im totalen Widerspruch zu unseren freiheitlich-demokratischen Werten. Hierzu drei Beispiele!

1. Während das Grundgesetz Ehe und Familie unter besonderen Schutz der Gemeinschaft stellt, verbietet die katholische Kirche ihren Priestern die Eheschließung und Familienbildung.
2. Obwohl nach dem Grundgesetz Männer und Frauen gleichberechtigt sind, ist es Frauen in der katholischen Kirche verboten, Priesterin zu werden. Der Papst an sich ist Symbol genug für den männlichen Führungsanspruch in der katholischen Kirche.
3. Und schließlich klammern sie sich weiterhin an den primitiven Glauben des Mittelalters fest, der die Evolution

leugnet und die infantile Geschichte von Adam und Eva propagiert.

Die Katholik_innen stellen sich damit gegen unsere Werte, die sich Europa in der Aufklärung mühsam erkämpfen musste! Soll unsere Demokratie das undemokratische Verhalten der Katholik_innen weiter erdulden? Sollen wir ihnen durch falsch verstandene Toleranz noch mehr Einfluss einräumen?!

Katholik_innen liegen uns auf der Tasche!

Katholik_innen sind Sozialschmarotzer und vermehren sich wie die Karnickel. Zahlreiche Studien belegen, dass das sogenannte „Petrus-Gen“ die wahrscheinlichste Ursache für die fehlende Leistungs-Bereitschaft dieser Bevölkerungsgruppe ist. Unser Staat treibt für sie nicht nur die Kirchensteuer ein – nein, sie kassieren von uns auch noch Geld für vermeintlich soziale Projekte: In eigenen Schulen, Kindergärten und „Sozialeinrichtungen“ rekrutieren sie ihren Nachwuchs. Dort werden durch Staatsgelder unsere Kinder zu potentiellen Gewalttätern erzogen. Nicht einmal vor unseren Kindern machen sie halt!

Katholik_innen sind Gäste

– keine Mitbürger, also auch keine Bürger!

Die Katholik_innen haben ihren eigenen Staat! Eine Heimat in der sie nicht unterdrückt und verfolgt werden. Wenn sie zu uns kommen, tun sie das in der Regel aus wirtschaftlichen Gründen – nur weil der Vatikan in tausend Jahren noch immer keine nennenswerte Industrie auf die Beine gestellt hat, müssen wir am Ende alle 900 Millionen Katholik_innen bei uns aufnehmen?!

Wollen Sie das diese Menschen unsere Demokratie unterwandern? Wollen Sie zur Minderheit im eigenen Land werden?

**Nicht mit uns!
Deshalb: Kein Wahlrecht für Katholik_innen!**



Kommt Ihnen das irgendwie bekannt vor?

Soziale Teilhabe muss bedingungslos sein! Gegen anti-muslimischen Rassismus!

Zumindest Menschen muslimischen Glaubens oder jene, die von der Mehrheitsgesellschaft so eingeordnet werden, könnten hier ein Déjà-vu erleben. Besonders konservative Politiker_innen brüsten sich, die Freiheitliche Grundordnung zu verteidigen, in der alle gleichberechtigt und friedlich zusammen leben.

Wenn man jedoch in eine Zeitung schaut oder den Fernseher einschaltet, zeichnet sich ein anderes Bild. Eine Flut von Schlagzeilen und Videos macht uns klar, dass der Islam „das andere“ ist. Auf Islam-Konferenzen werden Muslim_innen aufgefordert, sich zu „integrieren“, sie sollen zum Beispiel endlich die Gleichstellung der Frau akzeptieren.

An anderer Stelle werden noch schärfere Töne gepfiffen. Seit dem 11. September 2001 steht der Islam unter generellem Terrorismusverdacht, von „Hasspredigern“ ist die Rede, in Rasterfahndungen werden gezielt Muslim_innen ins Visier genommen.

Sogenannte „Ausländerstatistiken“ sollen uns klar machen, dass Migrant_innen tendenziell kriminell sind, wobei die soziale Lage der Türk_innen,

Russ_innen, Iraner_innen usw. völlig außer Acht gelassen wird.

Mit Vorliebe wird gegenüber gestellt: Auf der einen Seite, der friedliebende tolerante Westen – auf der anderen Seite der rückschrittliche und gewalttätige Islam. Dabei sei der freiheitliche und demokratische Zug des Westen wahlweise im von Nächstenliebe geprägten Christentum, in der bürgerlichen Aufklärung oder – völlig absurd – in beidem gleichermaßen verwurzelt. Der Islam hingegen habe einen gefährlichen Hang zu Terror, Frauenunterdrückung und Fundamentalismus.

Niemandem scheint aufzufallen, dass hier stets der fortschrittlichste Teil des Christentums mit dem rückschrittlichsten Teil des Islams verglichen wird. Solche Bilder sind grundfalsch und gefährlich obendrein.

Das Minarettenverbot in der Schweiz hat gezeigt, wie mitten im „aufgeklärten“ Europa die Gleichberechtigung der Religionen und Weltanschauungen mit den Füßen getreten wird.

Das ist eine Einbahnstraße!

Über Minderheiten herzuziehen, führt meist einfach dazu, dass sich die Fronten verhärten. Oder würden Sie sich solche Kampagnen gefallen lassen? Wir jedenfalls nicht.

Alle Menschen haben das Recht, sich frei zu äußern, sich frei zu entwickeln und sich in die Gesellschaft einzubringen. Alle Gesetze, die MigrantInnen ausgrenzen, müssen reformiert werden.

- Wir brauchen eine Modernisierung des Staatsbürger_innenschaftsrechts, die Einbürgerung der hier lebenden Menschen bedeutet Zugang zu allen sozialen und politischen Rechten.
 - Alle rassistischen Sondergesetze streichen: Sei es die Beschränkung sozialer Leistungen, Arbeitsverbote oder die Residenzpflicht für Asylbewerber_innen. Auch die unwürdige Lagerhaltung von Asylbewerber_innen und Abschiebeknäste gehören abgeschafft!
 - Das Wahlrecht reformieren: Allen hier lebenden Menschen steht das Wahlrecht zu.
- All dies ist nur der erste Schritt in eine integrative Gesellschaft. Weitere Reformen im Bildungs- und Wirtschaftssystem müssen folgen, um die soziale, kulturelle und politische Teilhabe aller Menschen zu sichern.

